

Antragsteller/-in: Yusuf Karacelik

**Antrag der Die Linke Liste-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß
§ 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt :Ausbau von
Schutzplätzen für von Gewalt betroffenen Frauen und Sicherstellung
einer auskömmlichen Finanzierung**

Beratungsfolge

25.06.2026 Sozialausschuss
13.07.2026 Rat der Stadt

Vorberatung
Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine aktuelle Bedarfsanalyse für Schutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder vorzulegen und auf dieser Grundlage die Planung und Realisierung weiterer Frauenhausplätze in Oberhausen einzuleiten.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit Bund, Land Nordrhein-Westfalen und geeigneten Trägern ein Konzept zu entwickeln, das die dauerhafte und auskömmliche Finanzierung bestehender und weiterer Frauenhausplätze sicherstellt.
3. Bei der Planung weiterer Schutzplätze sind bedarfsgerechte Unterstützungsangebote durch eine angemessene personelle Ausstattung, ein geeigneter Standort, sowie Barrierefreiheit, Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr und ausreichende Parkplatzkapazitäten sicherzustellen.
4. Die Verwaltung berichtet dem Rat bis zum ersten Quartal 2027 über die Ergebnisse der Bedarfsanalyse, die Finanzierungsmöglichkeiten und die weiteren Umsetzungsschritte.

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

- 1 Gewalt gegen Frauen ist eine gesellschaftliche Realität und Ausdruck patriarchaler
2 Machtverhältnisse. Frauenhäuser sind deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil des
3 Gewaltschutzes und der kommunalen Daseinsvorsorge.
- 4
- 5 Sie bieten Frauen und ihren Kindern Schutz, Sicherheit und Unterstützung in akuten
6 Krisensituationen. Die steigende Anzahl der Femizide in Deutschland zeigt, dass der Ausbau
7 von Schutzplätzen eine dringende Aufgabe der Kommunen ist.
- 8
- 9 Zugleich ist zu beobachten, dass mit dem Erstarken rechten Gedankenguts antifeministische
10 Einstellungen und rückwärtsgewandte Rollenbilder zunehmen.
- 11 Bundesweit berichten Frauenhäuser seit Jahren von einer hohen Auslastung und fehlenden
12 Kapazitäten. Gleichzeitig erschweren angespannte Wohnungsmärkte den Auszug aus den
13 Einrichtungen, wodurch Schutzplätze länger belegt bleiben und Betroffene häufiger
14 abgewiesen werden müssen. Auch andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen reagieren auf
15 diese Entwicklung und planen den Ausbau ihrer Schutzinfrastruktur oder zusätzliche
16 Frauenhäuser.

Anlage/n

Keine